

Anschreiben der Angestellten an den Stura

Lieber Stura,

dank der Beitragsdebatte hat wohl jede*r von euch mitbekommen, dass ihr Arbeitgeber seid. Bisher schien euch das nicht wirklich bewusst zu sein - und auch was das bedeutet, scheint ihr bis jetzt nicht zu wissen. Da seit Beitragsdebatte und Wahlkampf der Umgang miteinander immer schlechter wird, möchten wir uns zu der Sache auch zu Wort melden.

Beitragsdebatte

Neben den Aufwandsentschädigungen scheinen wir Angestellte die Sündenböcke für das Haushaltsloch des Sturas zu sein. In den Entwürfen zur Einsparung bei uns gibt es folgende Pläne:

- Die freiwillige Bindung an den TV-L für studentisch Beschäftigte aufheben und dafür einen festen Stundensatz von 15€ zahlen.
- Elkes Stelle nicht neu besetzen und mit einer Minijob-Stelle ersetzen. Elke hat bisher 20h pro Woche, mit einem Minijob wären maximal 10h die Woche möglich.
- Datenschutz und IT Frontend trennen. Datenschutz nicht neu besetzen (eventuell an die Uni anbinden oder ein Referat dafür schaffen).
- IT Frontend als Minijob mit 10h pro Stunde besetzen. Patricia hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die aktuelle IT und Datenschutz Betreuung nur möglich ist, weil die Stunden flexibel verteilt werden können.
- Die Öffentlichkeitsarbeitsstelle wie sie jetzt ist abschaffen und entweder ein ehrenamtliches Referat schaffen oder eine Minijob-Stelle mit der Hälfte der Stunden. Han hat momentan 20h pro Woche, hier müsste der Stura seine Öffentlichkeitsarbeit also extrem einschränken.

Wir haben euch ein ausführliches Dokument erstellt, was die Stunden-Einsparungen in Büro, IT, Datenschutz und Öffentlichkeitsarbeit für die Arbeit des Stura bedeuten würden.

Zudem können wir nur erstaunt feststellen, dass ein Stura, der sich für einen studentischen Tarifvertrag einsetzt, genau das bei seinen eigenen studentischen Beschäftigten abschaffen will. Gerade mag ein Stundenlohn von 15€ eine faire Bezahlung sein, doch so überlässt man den Beschäftigten selbst, dass sie bei weiterer Inflation für ihre Lohnerhöhung kämpfen müssen. Als Arbeitgeber, der so wenig Angestellte hat, dass sie keinen Personalrat gründen dürfen, wird hier die Verantwortung auf die Individuen abgeschoben.

Als wir dieses Argument auf einer der inoffiziellen Beitragsdebatten brachten, wurde uns von einem Juso-Mitglied erwidert, dass es "albern" sei auf dieser Ebene zu argumentieren. Was genau ist albern daran, wenn wir kritisieren, dass der Stura die Rechte seiner Angestellten einschränkt und gegen seine eigenen Prinzipien verstößt? Arbeitsrechte und Tarifbindung für Studis - nur nicht die, die bei euch angestellt sind.

Zudem wird immer wieder betont, auch von Seiten der Jusos, dass es keine Entlassungen gäbe, sondern nur interne Umstrukturierung. Wie genau stellt ihr auch das vor, wenn ihr die Stunden von Personen, die von ihrem Job leben, halbieren wollt? Als wir dies auf dem nächsten Beitragsdebatten-Treffen ansprachen, wurde uns von einem FSR-Mitglied gesagt, man solle sich hier nicht an "Einzelschicksalen" festhalten. Tja, das ist allerdings die Aufgabe eines Arbeitgebers.

Die Jusos schreiben in ihrer Wahlomat Antwort beispielsweise: "Dabei muss der StuRa sich dafür einsetzen, dass die Angestellten keine (persönlichen) Nachteile durch eine entsprechende interne Anpassung hinnehmen müssen."

Nun, wir sagen euch ganz eindeutig: Mit euren Plänen hätten wir persönliche Nachteile und der Stura hätte verheerende Nachteile in seiner Arbeitsstruktur.

Wahlkampf

Im Wahlkampf wird das ganze Thema der Beitragserhöhungen und damit auch unsere konstruierte "Schuld" daran, auf ein ganz neues, populistisches Niveau gehoben. Hier ein paar Beispiele, was im Wahlkampf so geäußert wurde:

- "Die Linken (Olli) und Gewerkschafter (TvStud) wollen unseren Semesterbeitrag von 12 auf 25 Euro anheben. Und das ohne Grund." (Juso-Wahlaufruf in der Ersti-Gruppe mit rund 500 Mitgliedern) Zum einen ist es glatt gelogen, ein Vorschlag von 25 Euro lag nie auf dem Tisch. Zudem zu sagen, es wäre "ohne Grund", wenn Olli und TVStud mehrfach klar gemacht haben, dass sie einen höheren Beitrag fordern, um unsere Stellen zu erhalten, ist auch höchst populistisch.
- "Das Argument das die studis nichts vom stura mitbekommen ist absolut valide. Ebenso, dass der stura in der Vergangenheit (nett gesagt) sehr dolle gemauschelt hat was Aufwandsentschädigungen oder aber Stellen vergaben

angeht." (Beitrag in derselben Ersti-Gruppe) Wo bitte wurde bei der Vergabe unserer Stellen "gemauschelt"? Wir wurden alle durch einen regulären Bewerbungsprozess eingestellt und die Mehrheit des jeweiligen Sturas hat sich für unsere Einstellungen ausgesprochen. Wir wurden auch durch die Stimmen der Jusos gewählt.

- Auf den Vorschlag, den Beitrag um 3€ zu senken und alle Angestellten zu entlassen ("dann arbeiten die auf der Straße") hat eine Stura-Sprecherin der Jusos geantwortet "Gibt noch andere Arbeitgeber 😊 wtf" - Wir können hier gerne daran erinnern, dass der Stura unser Arbeitgeber ist und Stura-Mitglieder und vor allem Sprecher*innen damit eine Verantwortung tragen. So ein Umgang mit uns ist einfach unangemessen.
- In derselben Gruppe wurde danach ein Bild geteilt, auf dem der Wahlzeitraum und "Veruntreuung von Studi-Geldern" steht. Der dazugehörige Flyer geht auch an der Uni um und wurde in den Stura-Briefkasten geworfen. Wo wurden bitte Studi-Gelder veruntreut? Auf der Rückseite steht "die offene linke liste will den semesterbeitrag erhöhen, um sich eigene hohe gehälter weiter schmecken zu lassen." dies kann einerseits eine Falschinformation sein, die so tun möchte, als würden Sprecher*innen mehr als nur eine Aufwandsentschädigung bekommen. Eine zweite Lesart richtet sich auch gegen uns als Angestellte, da wir die einzigen sind, die tatsächlich Gehälter bekommen. Schlussendlich sind beides Falschaussagen.
- "Geldverschwendung statt echter Interessenvertretung? Nicht mit uns!" (Wahlauf Ruf der LHG auf Instagram) Im Wahlmatten schreibt die LHG noch: "Die LHG erkennt die wertvolle Arbeit des Personals an." Wenn wir dann im Wahlkampf als Geldverschwendung dargestellt werden, wirkt das ganz anders.

Es wird immer wieder betont, dass unsere Arbeit als Angestellte ja wertgeschätzt würde, aber die Kürzungen nötig seien. Nun, lieber Stura, liebe Rot-grüne Liste, liebe LHG, Wertschätzung fühlt sich anders an. Dann solltet ihr auch klar darüber kommunizieren, worum es in dieser Beitragsdebatte geht, solltet Lügen als solche entlarven und nicht noch eigene einbringen. Der Stura war als Arbeitgeber im letzten Jahr sehr passiv. Statt einem regelmäßigen, meist vierteljährlichen Vorsitz-Angestellten-Gespräch mussten wir nach einem Jahr selbst darum bitten. Nur um dann eröffnet zu bekommen, dass unsere Stellen teilweise komplett durch Referate ersetzt werden sollen. Der Stura zeigt sich auch sehr passiv, wenn wir Angelegenheiten in die Sitzung tragen. Zur Erinnerung: Ihr seid uns weisungsbefugt. Wenn ihr tatsächlich unzufrieden seid, dann könnt ihr daran etwas ändern. Anstatt dass ihr euch damit auseinandersetzt, was wir tatsächlich für Arbeit leisten, wollt ihr lieber pauschal alles kürzen. (Hier verweisen wir nochmal auf das zweite Dokument, dass diese Wissenslücke zu schließen versucht.) Wenn ihr unsere Arbeit für euren Wahlkampf instrumentalisiert, während ihr die letzte Wahlperiode mehr als genug Möglichkeiten hattet, selbst etwas zu verändern, dann ist das heuchlerisch.

Wenn ihr als Listen und Hochschulgruppen so einen Wahlkampf führen wollt, dann tut das. Aber vielleicht solltet ihr eure Angestellten dafür nicht vor den Bus werfen. Wir halten euch den Alltag vom Hals, halten den Stura am Laufen, damit ihr euch auf politische Arbeit konzentrieren könnt. Wenn wir dafür zurückbekommen, dass unsere Arbeit sinnlos sei, wir unrechtmäßig unsere Jobs bekommen hätten und uns eh nur Geld in die eigene Tasche schaufeln wollen, na dann gute Nacht.

Eure Angestellten, 30. Mai 2025